

In Deutschland erdacht – in Europa umgesetzt: Spardiktat frisst Sozialstaat; HartzIV, Mini-jobs, Kurzarbeit und 80-Cent-Jobs scheinen alternativlos. Angst und Unsicherheit sind Realität: Menschen arbeiten immer mehr Stunden für weniger Geld, strampeln sich in drei, vier oder fünf Jobs ab oder suchen vergeblich nach Arbeit.

Die Liberalisierung des Arbeitsmarktes begann mit der Agenda 2010: Während der Staat Leistungen für Erwerbslose kürzte, die Zumutbarkeitskriterien verschärfte und Sanktionen einführte, stieg die Zahl der befristeten und geringfügigen Jobs. 2015 steckten über 14 Millionen Arbeitnehmer*innen in einer solchen prekären Arbeit, davon waren ca. 10 Millionen Frauen*. Vom deutschen Wirtschaftswachstum profitieren wenige, gleichzeitig bleiben Lohnerhöhungen aus, die Schlangen beim Amt wachsen und Minijobs werden ausgebaut.

Aus dem Gesetzestext des Arbeitsministeriums:

„In Deutschland lebende EU-Bürger sollen künftig grundsätzlich von Hartz IV und Sozialhilfe ausgeschlossen sein, wenn sie nicht hierzulande arbeiten oder durch vorherige Arbeit Ansprüche aus der Sozialversicherung erworben haben.“

Im Gesetzestext des Arbeitsministeriums steht:

Um die Entstehung von „sozialen Brennpunkten“ zu vermeiden, können die Länder Geflüchteten zukünftig Wohnungen zuweisen. Die Integration könne besser vorangetrieben werden, wenn nicht alle Geflüchteten an einem Ort leben.

.....diese neoliberale Politik ist der Nährboden für AfD und „besorgte Bürger*innen“ in Deutschland. Ob in den Parlamenten oder vor den Unterküften: Was zählt ist der nationale Stuserhalt auf allen Ebenen. Ob in Europa oder Deutschland, diese Politik der „weißen“ Mittelklasse geht mit einer zunehmenden Ungleichheit und rassistischen Ausgrenzung einher.

Die AfD, gegründet von neoliberalen Wirtschaftsprofessoren und den Söhnen und Töchtern von Großindustriellen, verspricht eine Alternative. Doch ihr marktradikaler Kurs und die Leitbilder „Volk“, „Familie“ und „Heimat“ sind nur die hässliche Fratze des Bestehenden. Eine solidarische Gesellschaft in der alle Platz und Teil haben ist ihr absoluter Alptraum.

Aus dem Grundsatzprogramm der AfD:

„Zwar sieht das deutsche Recht [...] gewisse Einschränkungen der Ansprüche auf Sozialleistungen vor; allerdings sind diese nicht ausreichend, um den Missbrauch des großzügigen deutschen Sozialsystems durchgreifend zu verhindern.“

Aus dem Grundsatzprogramm der AfD:

„Um mit Einwanderern in der Zukunft friedlich zusammenleben zu können, ist deren Integration unerlässlich. Nur so lässt sich auch das weitere Vordringen von Gegen- und Parallelgesellschaften in unserem Land verhindern. [...] Jeder Einwanderer hat eine unabdingbare Bringschuld, sich zu integrieren; er muss sich seiner neuen Heimat anpassen, nicht umgekehrt.“

Wir sagen: enough is enough. Für grenzenlose Solidarität abseits neoliberaler Ausgrenzung. Lasst uns gemeinsam ein anderes System erkämpfen. Widersetzen wir uns der Spaltung!

Statt Standortnationalismus wollen wir ein Europa für Alle: Transnationale Vernetzung, Grenzen öffnen, Reichtum vergesellschaften. Was gemeinsam erarbeitet wird, wird auch gemeinsam geteilt. Für eine solidarische Organisation ohne Ausgrenzung!

Im Vergleich zeigt sich: Was die AfD in ihrem Grundsatzprogramm fordert, setzt das SPD-geführte Arbeitsministerium um. Der rassistische Konsens ist Alltag bundesdeutscher Politik. Die aktuelle Gesetzgebung ist die chauvinistische Steigerung des deutsch-europäischen Kapitalismus. Gegen Profit der Wenigen, Ausbeutung, Abstrampeln im Hamsterrad und Aussortierung der Unerwünschten!

Was die AfD abstrakt fordert, setzt das Ministerium konkret in der Wohnortzuweisung um. Dies bedeutet die Aufhebung der Bewegungsfreiheit auch nach der Anerkennung des Asylverfahrens. Die schon ausgegrenzten Schutzsuchenden werden weiter entmündigt. Die geforderte „Integration“ ist in ihrer Konsequenz eine weitere autoritäre Zurichtung nach innen. Wir fordern die Abschaffung der Lager und ein selbstbestimmtes Wohnen und Leben für alle! Jede*r sollte wohnen und leben wo sie*er möchte.